



Stadt Halle (Saale)

02.06.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 31.05.2023:

**zu 10.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin
Vorlage: VII/2023/05638**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
38 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen

Beschluss:

Tarik Kutlovac scheidet als sachkundiger Einwohner im Bildungsausschuss aus.

Jasmin Scholtbach wird als sachkundige Einwohnerin in den Bildungsausschuss berufen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

02.06.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 31.05.2023:

**zu 10.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners
Vorlage: VII/2023/05640**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
38 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen

Beschluss:

Herr Jens Breitengraser scheidet als sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung aus.

Herr Thomas Erling wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung berufen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

02.06.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 31.05.2023:

**zu 10.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung eines 9-Euro -Tickets für Hallesche Schülerinnen und Schüler
Vorlage: VII/2023/05680**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften,
durch GOA der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Bildungsausschuss und Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss,
sowie durch GOA der Fraktion MitBürger & Die PARTEI
in den
Jugendhilfeausschuss*

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Einführung eines ~~ÖPNV-Tickets~~ **9- Euro-Tickets** für Hallesche Schülerinnen und Schüler zum 1.02.2024.
2. Anspruchsberechtigt sind unabhängig von der Entfernung zwischen Wohnanschrift und Schule gemäß §71 (2) und 4 (a) des Schulgesetzes Sachsen-Anhalt (SchulG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9.08.2018 alle Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen vom 1. bis zum 13. Schuljahrgang sowie Berufsschülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsvergütung, die ihren Wohnsitz in Halle (Saale) haben und eine Schule in Halle (Saale) besuchen. Anspruchsberechtigt sind auch Kinder bis 18 Jahren, die ihren Wohnsitz in der Stadt Halle (Saale) haben, über kein eigenes Einkommen verfügen und begründet keine Schule besuchen sowie Hallenser Schülerinnen und Schüler, die auf Grund einer körperlichen und / oder geistigen



Behinderung im freigestellten Schülerverkehr (Schülerspezialverkehr) zur Schule befördert werden.

3. Schülerinnen und Schüler, die gemäß § 71(2) SchulG LSA in Verbindung mit der „Satzung über die Schülerbeförderung der Stadt Halle“ Anspruch auf eine Schülerjahreskarte haben, erhalten das ~~ÖPNV-Ticket~~ **9-Euro-Ticket** für Hallesche Schülerinnen und Schüler kostenfrei.
4. Alle übrigen anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler können das Ticket im Jahres-Abo für 9 EUR pro Monat erwerben.
5. Die Stadtverwaltung verhandelt mit der HAVAG den Preis zur Einführung eines solchen Tickets. Die Kosten werden in den Haushaltsentwurf 2024 eingestellt. Grundlage kann dafür das Modell des ~~ÖPNV-Tickets~~ **9-Euro-Ticket** für Schülerinnen und Schüler in Magdeburg sein.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

02.06.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 31.05.2023:

**zu 10.4 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Unterstützung von Sportvereinen bei der Bewältigung von Kriminalität
Vorlage: VII/2023/05642**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt
20 Ja / 5 Nein / 18 Enthaltungen

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie hallesche Sportvereine so unterstützt werden können, dass sie besser mit straffällig gewordenen oder besonders gewaltbereiten Jugendlichen umgehen zu können.

Im Rahmen der Prüfung soll die Möglichkeit zu Errichtung einer Anlauf- und Beratungsstelle für (insbesondere ehrenamtliche) Trainerinnen und Trainer mit betrachtet werden.

Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat in seiner Sitzung im September 2023 vorzulegen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

02.06.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 31.05.2023:

**zu 10.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners
Vorlage: VII/2023/05668**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
38 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen

Beschluss:

Herr Dr. Thomas Vetter scheidet als sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Planungsangelegenheiten aus.

Herr Andreas Kloevekorn wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten berufen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

02.06.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 31.05.2023:

**zu 10.6 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Hauptsache Halle zur Untersuchung der Wasserqualität der Saale
Vorlage: VII/2023/05670**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung und Ausschuss für Finanzen, städtische
Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften,
sowie durch GOA der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, an ~~vier~~ **einer** geeigneten Probeentnahmestellen ~~verteilt im Stadtgebiet~~ **im Nahbereich des Badestrandes der Ziegelwiese** künftig ~~im Monatsabstand~~ **in der Badesaison von Mai – September 4 x täglich** mikrobiologische Untersuchungen für die Parameter Intestinale Enterokokken und Escherichia coli im Wasser der Saale fach- und DIN-gerecht durchführen zu lassen. Die Ergebnisse sind regelmäßig zum Schutz der Badenden vor Infektionskrankheiten zu veröffentlichen. An den Badestellen ist auf die Veröffentlichungen hinzuweisen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 31.05.2023:

**zu 10.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung von Zielen und Qualitätskriterien für Veranstaltungen und Märkte auf dem halleschen Marktplatz und anderen zentralen Plätzen
Vorlage: VII/2023/05673**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Kulturausschuss, Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
Und
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung*

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt wird beauftragt, zur Sicherung der Qualität von Veranstaltungen auf dem Marktplatz und anderen zentralen Plätzen inhaltliche Zielsetzungen und Kriterien zu erarbeiten. Dabei sollen zu erarbeitende Leitlinien den gehoben kulturellen und gestalterischen Ansprüchen der Orte Rechnung tragen und dafür sorgen, dass Veranstaltungen aufeinander abgestimmt sind.
2. Wir regen dazu an, dass im ersten Schritt eine Arbeitsgruppe aus Stadtverwaltung (Wirtschaftsförderung, Team Sondernutzung/Märkte, Fachbereich Kultur etc.), Stadtmarketing, IHK und weiteren Akteuren wie Citygemeinschaft und Vertretern der Stadtratsfraktionen Ziele und Markenkerne erarbeitet. Der Prozess sollte zur Professionalisierung fachlich durch externe Begleitung moderiert werden.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 31.05.2023:

**zu 10.8 Antrag der AfD Stadtratsfraktion zum Umgang mit Folgen der zunehmenden Vereinsamung in der Stadt
Vorlage: VII/2023/05672**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der AfD-Stadtratsfraktion Halle)
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt ein Konzept zu erstellen, das die Möglichkeit für Alleinlebende Bürger ohne Angehörige in der Stadt Halle eröffnet sich in eine Datenbank eintragen zu lassen. Eine anschließende regelmäßige Kontaktaufnahme soll verhindern, dass Personen längere Zeit hilflos in ihrer Wohnung verharren oder erst lange Zeit nach ihrem Versterben aufgefunden werden. Bei der Prüfung sollen rechtliche Einschränkungen sowie Vor- und Nachteile von Opt-in- bzw. Opt-out-Verfahren herausgearbeitet werden.
2. Weiterhin prüft die Stadtverwaltung die Möglichkeit der Durchführung einer jährlich stattfindenden zentralen Gedenkfeier für die im Vorjahr anonym verstorbenen Bürger der Stadt. Mindestens enthalten sein soll das symbolische Anzünden einer Kerze und die Nennung des Namens, als Zeichen des Nichtvergessens. An dieser Gedenkfeier sollen die Fraktionen des Stadtrates teilnehmen können.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

02.06.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 31.05.2023:

zu 10.9 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Aufstellung eines Kulturentwicklungsplans für die Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2023/05683

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der Fraktion MitBürger & Die PARTEI
in den
Kulturausschuss
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum IV. Quartal 2025 einen Kulturentwicklungsplan für die Stadt Halle (Saale) mit einer Laufzeit bis 2035 aufzustellen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Kulturentwicklungsplan soll eine Bestands- und Potenzialanalyse der Förderfelder und Sparten mit Leitmotiven der weiteren Kulturentwicklung enthalten, sowie kulturpolitische Ziele und Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung der Kulturstadt Halle formulieren.
2. Zu diesem Zweck wird die Stadtverwaltung beauftragt, dem Stadtrat bis zum IV. Quartal 2024 einen Vorschlag für ein Verfahren zur Bestandsaufnahme und Weiterentwicklung der halleschen Kulturlandschaft unter breiter Öffentlichkeitsbeteiligung (Kulturentwicklungsplanung) vorzulegen.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Voraussetzungen für die Einrichtung eines Beirates für den Kulturentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) zu schaffen und dem Stadtrat bis zum I. Quartal 2024 eine Beiratssatzung zur Beschlussfassung vorzulegen. Für den Beirat soll folgendes gelten:



- a. Der Beirat hat zur Aufgabe, die Stadtverwaltung bei der Erstellung und Umsetzung des Kulturentwicklungsplans zu beraten.
 - b. Dem Beirat gehören Vertreter*innen der kulturellen Einrichtungen der Stadt, der freien Szene und des Fachbereichs Kultur an.
 - c. Die Fraktionen im Stadtrat der Stadt Halle haben die Möglichkeit, jeweils eine*n Vertreter*in mit beratender Stimme in den Beirat zu entsenden.
 - d. Der Beirat soll durch eine*n sachkundige*n Einwohner*in im Kulturausschuss der Stadt Halle (Saale) vertreten werden.
4. Für die Aufstellung des Kulturentwicklungsplans werden Mittel in Höhe von 250.000 Euro in den Haushaltsplan 2024 f. eingestellt.
5. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Kulturausschuss im Abstand von drei Monaten über den Verlauf der Erstellung des Kulturentwicklungsplans zu unterrichten.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

02.06.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 31.05.2023:

**zu 10.10 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Vorbereitung eines Grundsatzbeschlusses zur Gründung eines Eigenbetriebs für Kultur
Vorlage: VII/2023/05684**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der Fraktion MitBürger & Die PARTEI
in den
Kulturausschuss
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den städtischen Kulturbereich mittelfristig mit dem Ziel der Optimierung von Abläufen neu zu strukturieren und einen Grundsatzbeschluss zur Gründung eines Eigenbetriebs Kultur zum 01.01.2025 vorzubereiten. Der Grundsatzbeschluss inklusive der unter Ziffer 2 und 3 aufgeführten Darstellungen ist dem Stadtrat spätestens in seiner Sitzung im März 2024 vorzulegen.
2. In Vorbereitung des Grundsatzbeschlusses sollen
 - a. eine Analyse der aktuellen Verwaltungsstruktur im Kulturbereich durchgeführt,
 - b. Chancen und Risiken verschiedener möglicher Betriebsmodelle (jetziges Modell/GmbH/Eigenbetrieb) herausgearbeitet, und
 - c. eine Empfehlung hinsichtlich der Wahl des Betriebsmodells erarbeitet werden.
3. Folgende Gesichtspunkte sollen bei der Gegenüberstellung der Betriebsmodelle besonders berücksichtigt werden:
 - a. Rechtliche und steuerliche Auswirkungen
 - b. Handlungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit
 - c. Sicherheit in der Finanzierung



- d. Einflussmöglichkeiten des Trägers und des Stadtrates
- e. Umsetzungsaufwand

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

02.06.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 31.05.2023:

**zu 10.11 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin
Vorlage: VII/2023/05688**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

N. N. wird als sachkundige Einwohnerin in den Kulturausschuss berufen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

02.06.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 31.05.2023:

**zu 10.12 Antrag der Fraktionen Hauptsache Halle, MitBürger & Die PARTEI, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
„Schulsozialarbeit für das Land Sachsen-Anhalt langfristig sichern!“
- Resolution
Vorlage: VII/2023/05596**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
38 Ja / 0 Nein / 4 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt folgende Resolution:

Mit großer Sorge hat der Stadtrat die Pläne des Landes zur Kenntnis genommen, die Kommunen ab dem Schuljahr 2024/25 mit einem Eigenanteil in Höhe von 20% für die Stellen der Schulsozialarbeit in die Pflicht zu nehmen. Diese Finanzierung können wir auf Grund unserer prekären Haushaltslage nicht übernehmen. Die Folgen wären eine starke Reduzierung der Schulsozialarbeitsstellen und somit ein Anstieg der vielfachen Problemlagen an den Schulen.

Das wollen und werden wir nicht hinnehmen und fordern deshalb das Land auf, die vom Bildungsministerium gewünschte und dringend benötigte Schulsozialarbeit langfristig so zu fördern, dass den Kommunen keine Kosten entstehen, denn Schulsozialarbeit findet an Schule (Landesaufgabe) statt und nicht im kommunalen Sektor der Freizeit- und Bildungslandschaft für Kinder- und Jugendliche.

Weiterhin fordern wir, dass die von der Stadtverwaltung Halle (Saale) erarbeitete indikatorengestützte Prioritätensetzung bezüglich der Bedarfe von Schulsozialarbeit an den einzelnen Schulen seitens des Landes Sachsen-Anhalt akzeptiert und unterstützt wird.



Für die Zukunft fordern wir, dass Schulsozialarbeit an allen Schulformen sowie Schulen, die es wünschen, in ausreichender Anzahl dauerhaft etabliert und institutionalisiert sowie vom Land Sachsen-Anhalt finanziert wird.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 31.05.2023:

zu 10.13 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Berichterstattung über die Entwicklung des Zentrums in Halle-Neustadt Vorlage: VII/2023/05646

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der Fraktion Hauptsache Halle
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
und
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. dem Stadtrat jährlich über die Pläne zur Entwicklung des Zentrums von Halle-Neustadt, inklusive der ungenutzten Hochhausscheiben sowie der Flächen zwischen ihnen, zu berichten.
2. sich in diesem Kontext bei den Eigentümern der leerstehenden Hochhausscheiben Informationen über deren Nutzungspläne einzuholen.
3. den Stadtrat einmal im Jahr über den baulichen und sicherheitsrelevanten Zustand der nicht genutzten Hochhausscheiben zu informieren.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

02.06.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 31.05.2023:

**zu 10.14 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Berichterstattung über die Zukunftspläne für den ehemaligen Galeria-Kaufhof-Standort
Vorlage: VII/2023/05648**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der Fraktion Hauptsache Halle
in den
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung*

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat wird monatlich im Rahmen des Berichts des Oberbürgermeisters über die Zukunftspläne für den Galeria-Kaufhof-Standort informiert.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

02.06.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 31.05.2023:

**zu 10.15 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur regelmäßigen
Berichterstattung über das Zukunftszentrum
Vorlage: VII/2023/05649**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der Fraktion Hauptsache Halle
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten,
Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben
und
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung*

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat wird mindestens einmal im Quartal über den Sachstand hinsichtlich des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation informiert.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

02.06.2023

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 31.05.2023:

**zu 10.16 Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität am August-Bebel-Platz
Vorlage: VII/2023/05681**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

*durch GOA der Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, eine sanitäre Einrichtung am August-Bebel-Platz zu errichten und weitere Mülleimer aufzustellen.
2. Darüber hinaus soll das Ordnungsamt bei erhöhter Lärmbelästigung durchgreifen und Platzverweise erteilen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer